

Quelle: Reinhard Czycholl, Reinhard Zedler (Hrsg.): Stand und Perspektiven der Berufsbildungsforschung. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, BeitrAB 280, zugleich: Beiträge zur Berufsbildungsforschung der AG BFN Nr. 5, S. 181-188.

Peter Thiele

Berufsbildungspolitische Zielsetzungen der Bundesregierung und ihr Beitrag zur Förderung der Berufsbildungsforschung

Kurzfassung

Der Beitrag gibt einen Überblick über die aktuellen bildungspolitischen Ziele und Maßnahmen der Bundesregierung. Er beschreibt die Hauptinhalte der neuen bundesweiten Ausbildungsoffensive, die längerfristig wirkenden strukturellen Reformmaßnahmen sowie den Beitrag des BMBF zur Förderung der Berufsbildungsforschung.

Zu den Maßnahmen einer längerfristig wirkenden Strukturreform der beruflichen Bildung zählen die Verbesserung der Übergangsbedingungen bei der ersten Schwelle, die Modernisierung bestehender und Schaffung neuer Berufsbilder, die Modernisierung der Ordnungsverfahren, Gremienstrukturen und Prüfungen, die Förderung der Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher, eine Vergrößerung der Durchlässigkeit im (Berufs)Bildungssystem, die Schaffung eines europäischen Bildungsraumes sowie als Flankierung eine Novellierung des Berufsbildungsrechts.

Berufsbildungspolitische Zielsetzungen der Bundesregierung und ihr Beitrag zur Förderung der Berufsbildungsforschung

Peter Thiele

- 1 Sicherung einer guten Berufsausbildung als bildungspolitisches Grundziel
- 2 Hauptinhalte der neuen bundesweiten Ausbildungsoffensive
- 3 Längerfristig wirkende strukturelle Reformmaßnahmen
- 4 Der Beitrag des BMBF zur Förderung der Berufsbildungsforschung

1 Sicherung einer guten Berufsausbildung als bildungspolitisches Grundziel

Die Sicherung einer guten Berufsausbildung für junge Menschen gehört zu den wichtigsten gesellschaftspolitischen Aufgaben, die wir zu bewältigen haben. Eine qualifizierte Ausbildung für jeden Jugendlichen ist nicht nur der Schlüssel zum Arbeitsmarkt, sondern die langfristige Basis zur Wahrnehmung künftiger Berufs- und Lebenschancen. Auch entscheiden Bildung und Ausbildung ganz maßgeblich über die wirtschaftliche Stärke und die gesellschaftliche Zukunft unseres Landes. Denn nur mit gut ausgebildeten Menschen werden sich unsere Unternehmen im internationalen Wettbewerb behaupten. Und nur dann können Arbeitsplätze gesichert werden und neue zukunftssichere Arbeitsplätze entstehen. Ziel der Bundesregierung ist und bleibt es deshalb, allen jungen Menschen, die ausbildungsfähig und ausbildungswillig sind, einen Ausbildungsplatz anzubieten.

Dabei stehen wir vor einer schwierigen Situation und großen Herausforderung. Wie im Vorjahr werden sich auch 2003 voraussichtlich wieder über 600.000 Jugendliche um eine Lehrstelle im dualen System bewerben. Im vergangenen Jahr haben wir es trotz des deutlichen Rückgangs der betrieblichen Ausbildungsplätze um 42.000 dank intensiver Anstrengungen geschafft, die Lehrstellenbilanz bis zum 31. Dezember 2002 nahezu ausgeglichen zu gestalten.

Jetzt aber hat sich die Situation noch einmal erheblich verschlechtert. In der Vermittlungsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit waren Zehntausende von betrieblichen Ausbildungsplätzen weniger gemeldet als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Gravierend ist dabei der seit Jahren erstmalige Einbruch betrieblicher Ausbildungsangebote auch in Westdeutschland. Die Bundesregierung hat daher gemeinsam mit den Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften eine bundesweite Ausbildungsoffensive gestartet.

2 Hauptinhalte der neuen bundesweiten Ausbildungsoffensive

Bildungsministerin Bulmahn, Wirtschaftsminister Clement und Spitzenvertreter der Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften haben diese Ausbildungsoffensive am 29.04.2003 vereinbart und mit einer gemeinsamen Erklärung untermauert. Unter dem Motto „Ausbilden jetzt – Erfolg braucht alle“ werden – neben fortlaufenden Programmen – neue Maßnahmen der Beteiligten gestartet, bei denen die Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsplätze und zusätzlicher Ausbildungsbetriebe im Vordergrund stehen. Im Kern geht es darum, Unternehmen und Betriebe, die bislang noch nicht ausbilden, für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen zu gewinnen. Es kann und darf auf Dauer nicht sein, dass nur rund 30 Prozent aller Unternehmen überhaupt ausbilden. Von den 1,2 Millionen ausbildungsberechtigten Betrieben in Deutschland bilden heute nur knapp 640.000 aus. Mehr als 500.000 Betriebe könnten damit ausbilden, tun dies aber nicht.

Im dualen System der Berufsausbildung trägt die Wirtschaft die Hauptverantwortung für ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen, auch im eigenen Interesse: die demographische Entwicklung wird bereits in den nächsten Jahren zu einem deutlichen Rückgang jugendlicher Schulabgänger führen, sodass der Fachkräftemangel bereits absehbar ist. In den neuen Ländern wird bereits in den Jahren 2005/2006 ein deutlicher Rückgang jugendlicher Schulabgänger erfolgen, in den alten Ländern wird dies ab 2009 der Fall sein. Die Wirtschaft muss daher alle Anstrengungen unternehmen, die Zahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen, um ihr Fachkräftepotenzial der Zukunft zu sichern. An dieser Verantwortung muss sich die Wirtschaft auch in konjunkturell schlechteren Zeiten messen lassen.

Schwerpunkte der Ausbildungsoffensive 2003 sind:

- Eine bundesweite Ausbildungskampagne und darüber hinaus gezielte Branchenkampagnen;
- die Neuorientierung bestehender und die Schaffung neuer Ausbildungsprogramme zur Strukturverbesserung der Ausbildung;
- Maßnahmen zur Erleichterung der Ausbildung für Betriebe.

Bundesregierung, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften haben in diesem Zusammenhang folgendes vereinbart:

- Die Wirtschaftsverbände, aber auch die Bundesregierung und Gewerkschaften, werden alle Anstrengungen unternehmen, um 2003 allen Jugendlichen, die ausgebildet werden wollen und können, ein Ausbildungsangebot machen zu können.
- Gemeinsamer Appell an die Tarifvertragsparteien, in Tarifverträgen vermehrt ausbildungsfördernde Vereinbarungen zu treffen.

- Deutliche Steigerung des Anteils ausbildender Betriebe in Deutschland innerhalb der nächsten Jahre.
- Zügiger Abschluss von begonnenen Neuordnungsverfahren; rasche Prüfung und Entscheidung vorliegender Vorschläge für neue und zu modernisierende Ausbildungsberufe.

Die Bundesregierung hat im Rahmen der Ausbildungsoffensive 2003 eine Vielzahl von Aktivitäten und Kampagnen gestartet, die von bundesweiten Ausbildungskampagnen, Branchenkampagnen, Ministerschreiben an 100.000 ausgewählte Unternehmen zur Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze, einer nationalen Ausbildungskonferenz mit bundesweiten relevanten Berufsbildungsakteuren, Journalistenworkshops, Medienservicepaketen, bis zu *Minister-Ausbildungstouren* in Problemregionen West- und Ostdeutschlands mit dem Ziel der Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsplätze und einer Tagung mit Sozialpartnern zu Tarifvertragsvereinbarungen in der Ausbildung reichen.

Daneben hat die Bundesregierung zugesagt, die Bemühungen der Wirtschaft zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze durch ein Bündel von Maßnahmen zu flankieren. Dort wo Ausbildungshemmnisse für auszubildende Betriebe abzubauen waren, dort wo wir mit Maßnahmen die Voraussetzungen für die betriebliche Ausbildung weiter verbessern konnten, hat die Bundesregierung ohne langes Zögern gehandelt und folgende Initiativen in die Wege geleitet:

- Aussetzung der Ausbildereignungsverordnung ab Sommer 2003 für fünf Jahre, um Existenzgründern und bislang nicht ausbildenden Betrieben den Einstieg in die Ausbildung zu erleichtern.
- Festschreibung der Geringverdienergrenze auf 325 € für Ausbildungsverhältnisse, um zusätzliche Ausbildungskosten der Betriebe zu vermeiden.
- Erweiterung des Programms *Kapital für Arbeit* auf Auszubildende (zinsgünstige Investitionskredite für Unternehmen von 100.000 € je neuem Ausbildungsplatz).
- System von Qualifizierungsbausteinen ab 2003 zur Ausbildungsvorbereitung von Jugendlichen mit schlechteren Startchancen (Bescheinigung und Anrechenbarkeit auf spätere betriebliche Ausbildung bzw. Nutzung für Nachqualifizierung).
- Straffung von Ordnungsverfahren und Gremienstrukturen zur Modernisierung der dualen Ausbildung.
- Stärkere Berücksichtigung von Jugendlichen mit schlechteren Startchancen durch Eröffnung der Möglichkeit, weniger komplexe, gestufte zweijährige Ausbildungen bei Neuordnungsverfahren zu schaffen.

- Zusätzliches Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebot *Jump Plus* für 100.000 sozialhilfeberechtigte Jugendliche unter 25 Jahren.
- Neues Programm *STAR* zur Verbesserung regionaler Ausbildungsstrukturen (regionales Ausbildungs-Coaching, branchenbezogene Ausbildungsnetzwerke und Verbände, externes Berufsbildungsmanagement).
- Betriebnähere Ausgestaltung des Bund-Länder-Programms *Ausbildung Ost* mit 14.000 (statt 12.000) Plätzen.
- Flexibilisierung und Intensivierung des Sofortprogramms *Jump* zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit (betriebsnahe Berufsvorbereitung, Betriebspraktika für Ungelernte).
- Förderung berufsvorbereitender Maßnahmen (*SGB III*) für nicht Ausbildungsgeeignete oder für Jugendliche ohne Ausbildungsstelle mindestens auf Vorjahresniveau.
- Modernisierung und Flexibilisierung der dualen Ausbildung.
- Berufsbildungsreform und Berufsbildungsrechtsreform in dieser Legislaturperiode.

Wir werten die breite Beteiligung und Unterstützung durch Wirtschaft und Gewerkschaften an der Ausbildungsinitiative als sehr positives Zeichen und als große Chance, nicht nur kurzfristig eine Kehrtwende bei der verschlechterten Ausbildungslage zu erreichen, sondern auch langfristig gemeinsame Wege zur strukturellen Verbesserung der dualen Berufsausbildung einzuschlagen. Das gemeinsame Ziel ist es, nach dem Rückgang betrieblicher Ausbildungsangebote im Jahr 2002 wieder eine deutliche Steigerung der betrieblichen Ausbildungsplätze zu erreichen.

3 Längerfristig wirkende strukturelle Reformmaßnahmen

Neben diesen in kurzem Zeithorizont zu verwirklichenden Initiativen werden wir auch längerfristig wirkende strukturelle Reformen der beruflichen Bildung durchführen. Die Qualität unseres Berufsbildungssystems schneidet im internationalen Vergleich nach wie vor gut ab. Damit das so bleibt, müssen wir die notwendige Modernisierung und Weiterentwicklung der beruflichen Bildung gezielt vorantreiben. Vorrang haben dabei vor allem Reformen, die nicht nur zur mehr Attraktivität und Qualität, sondern auch zu mehr Ausbildungsbereitschaft und damit zu mehr Ausbildungsplätzen beitragen.

3.1 Verbesserung der Übergangsbedingungen bei der ersten Schwelle

Die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Übergang aller Jugendlichen von der allgemein bildenden Schule in die Berufsausbildung (erste Übergangsschwelle) müssen verbessert werden. Es ist die Pflicht der allgemein bildenden Schulen, möglichst allen Ju-

gendlichen die für eine Berufsbildung erforderlichen Kompetenzen zu vermitteln. Mit dem Programm *Zukunft Bildung*, mit dem wir unter anderem vier Milliarden Euro in den Aufbau von zehntausend zusätzlichen Ganztagschulen investieren werden, unterstützt die Bundesregierung dies nachhaltig.

Mit der Integration der Ausbildungsvorbereitung in das Berufsbildungsgesetz haben wir zugleich die Voraussetzungen für eine bessere Verknüpfung von Ausbildungsvorbereitung und Berufsausbildung sowie eine stärkere Beteiligung der Betriebe an der Ausbildungsvorbereitung noch nicht ausbildungsfähiger Jugendlicher geschaffen. Jetzt müssen wir gemeinsam rasch ein System von Qualifizierungsbausteinen aus Ausbildungsberufen mit Leben erfüllen, das auch Anrechnungsmöglichkeiten auf eine anschließende Berufsausbildung eröffnet. An den Betrieben liegt es jetzt, dass sie diese – von ihnen selbst immer wieder geforderten – neuen Instrumente breit nutzen, um auch schwächere Jugendliche an eine Fachkräfteausbildung heranzuführen. Die Bundesregierung hat ihrerseits zugesagt, die Förderung berufsvorbereitender Maßnahmen (*SGB III*) für nicht ausbildungsgerechte oder Jugendliche ohne Ausbildungsstelle mindestens auf Vorjahresniveau zu erhalten.

3.2 Modernisierung bestehender und Schaffung neuer Berufsbilder

Weiterhin brauchen wir Ausbildungsberufe, die dem Bedarf der Wirtschaft und dem Anspruch der Jugendlichen auf eine Ausbildung zu qualifizierten Fachkräften entsprechen. Damit können bestehende betriebliche Ausbildungsangebote gesichert, neue geschaffen und mehr Betriebe für die Berufsausbildung gewonnen werden. Das ist die Zielrichtung für die Modernisierung bestehender und die Schaffung neuer Berufsbilder.

Wir erwarten jetzt von den Sozialpartnern rasch weitere Vorschläge, die insbesondere auch flexible Elemente zur Differenzierung der Ausbildungsprofile in der Praxis nutzen. Im Interesse der Jugendlichen mit schlechteren Startchancen und des Qualifikationsbedarfs der Wirtschaft erwarte ich, dass dabei auch die Möglichkeiten für gestufte Ausbildungsberufe sowie neue Ausbildungsberufe in Tätigkeitsbereichen mit weniger komplexen Anforderungen und dauerhaftem Fachkräftebedarf in vollem Umfang genutzt werden.

3.3 Modernisierung der Ordnungsverfahren, Gremienstrukturen und Prüfungen

Um Entscheidungen über die Einleitung von Neuordnungsverfahren für Ausbildungsberufe zu beschleunigen, werden wir zukünftig eine eigenständige Prüfung plausibler Vorschläge vornehmen.

Wir haben gemeinsam mit den Sozialpartnern damit begonnen, neue zweistufig gestreckte Prüfungen breit zu erproben und damit die Prüfungen in der dualen Ausbildung nachhaltig zu modernisieren.

Jetzt kommt es darauf an, auch die Beratungen zur Anrechnung von Berufsschulleistungen auf die Kammerprüfung zügig zu einem Abschluss zu bringen, der die kooperativen Strukturen des dualen Systems stärkt.

Die Bundesregierung wird die Straffung der Ordnungsverfahren und Gremienstrukturen zur Modernisierung dualer Ausbildungsberufe zielgerichtet fortsetzen.

3.4 Förderung der Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher

Schon aus demographischen Gründen wollen wir alle Begabungen in unserem Land besser nutzen. Deshalb müssen auch Jugendliche mit schlechteren Startchancen und Geringqualifizierte eine Berufsausbildung erhalten. Neben den schon erwähnten Qualifizierungsbausteinen, die sowohl zur Effizienzsteigerung der Ausbildungsvorbereitung beitragen als auch in der Nachqualifizierung eingesetzt werden können, soll die Förderung der beruflichen Ausbildung benachteiligter Jugendlicher verbessert werden.

Mit dem BMBF-Programm *Berufliche Qualifizierung von Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf* haben wir den jahrelangen Stillstand bei der konzeptionellen Weiterentwicklung dieser Förderinstrumente erfolgreich überwunden. Unser Ziel sind effizientere Strukturen unter dem Motto *Förderung aus einem Guss*.

3.5 Vergrößerung der Durchlässigkeit im (Berufs)Bildungssystem

Wir müssen eine größere Durchlässigkeit innerhalb des Berufsbildungssystems und darüber hinaus erreichen. Um den Übergang von der Aus- in die Weiterbildung fließender zu gestalten, wollen wir die Möglichkeiten weiterentwickeln, Elemente und Bausteine aus Ausbildungsberufen sowie Zusatzqualifikationen für Auszubildende auf eine anschließende berufliche Fortbildung anzurechnen.

In der beruflichen Weiterbildung müssen die Chancen für eine schrittweise Aufstiegsfortbildung durch eine stärker bausteinartige Strukturierung deutlich erweitert werden. Ein Beispiel ist die Erprobung einer modularisierten schrittweisen Fortbildung im Handwerk, bei der eigenständige Fortbildungsabschlüsse auf die Meisterprüfung angerechnet werden.

Wir wollen zudem gemeinsam mit den Sozialpartnern weitere Fortbildungsabschlüsse oberhalb des Meister- und Fachwirt-Niveaus schaffen, die auf Tätigkeiten vorbereiten, die bisher überwiegend von Hochschulabsolventen ausgeübt werden.

Ebenso wichtig ist es, den Zugang beruflich Qualifizierter zum Hochschulstudium breiter zu öffnen und die Möglichkeit zur Anrechnung einschlägiger beruflicher Qualifikationen auf Studienleistungen zu erweitern. Die Abschlüsse der neuen IT-Weiterbildungen auf drei Ebenen – auch mit dem Ziel der erweiterten Zugangsmöglichkeiten zum Hochschulbereich und der Anrechnung auf Studienleistungen im Rahmen eines Leistungspunktesystems – sind dafür ein Modell, das wir auf weitere Branchen übertragen wollen. Wir erwarten von Ländern und Hochschulen, dass sie aktiv und konstruktiv an dieser Verknüpfung von Berufsbildung und Hochschule mitwirken.

3.6 Schaffung eines europäischen Bildungsraumes

Berufsbildung und Berufsausbildung, müssen als Antwort auf die Globalisierung internationaler und vor allem europäischer werden. Ein wichtiges Ziel ist die Schaffung eines europäischen Bildungsraums. Europa spielt als Faktor der nationalen Bildungspolitik der Mitgliedsstaaten eine immer größere Rolle.

Der europäische Binnenmarkt, zunehmender internationaler Wettbewerb und die steigende Mobilität der europäischen Bürger erfordern eine stärkere internationale und europäische Orientierung der nationalen Bildungssysteme. Die Berufsbildung hat hier gegenüber dem Hochschulbereich Nachholbedarf. Deutschland will die Zusammenarbeit und den Austausch mit anderen Staaten stärker für seine Reformen in der beruflichen Bildung nutzen und andererseits sein Profil und Know-how zur praxisorientierten Berufsausbildung aktiver in Europa einbringen.

Zentrale Handlungsfelder sind die Anerkennung, Anrechnung und Transparenz von Qualifikationen und Abschlüssen, aber auch die Überwindung von Mobilitätshemmnissen und damit vor allem auch die Möglichkeit für Auszubildende, einen Teil ihrer Ausbildung im Ausland absolvieren zu können. Konkret arbeiten wir in Europa bereits an dem Modell eines Credit-Transfer-Systems in der beruflichen Bildung, an der Verwirklichung eines ganzheitlichen Bescheinigungssystems für berufliche Qualifikationen in Europa und an der Einführung europäischer Qualitätssiegel. Deutschland hat hier als exportorientierter Staat und aufgrund seiner einzigartigen geographischen Lage mit neuen Nachbarländern und der Schnittstelle zu Mittel- und Osteuropa besondere Interessen.

3.7 Novellierung des Berufsbildungsrechts

Die genannten Maßnahmen werden durch eine Novellierung des Berufsbildungsrechts in dieser Legislaturperiode flankiert, zu deren thematischen Schwerpunkten die internationale Öffnung der beruflichen Bildung und die Modernisierung und Flexibilisierung sowie die Durchlässigkeit beruflicher Bildung gehören und die wir mit allen Beteiligten sorgfältig beraten werden.

4 Der Beitrag des BMBF zur Förderung der Berufsbildungsforschung

Die Berufsbildungsforschung ist für das BMBF eine wichtige Säule bei der Fortentwicklung der beruflichen Bildung in Deutschland. Dies gilt zum einen für die Daueraufgabe der Verwirklichung der Sicherung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebots, aber auch ganz aktuell für die Planung und Umsetzung der eben von mir als Prioritäten herausgestellten Themenfelder für die in dieser Legislaturperiode umzusetzenden strukturellen Reformen des Berufsbildungssystems wie auch für die Analyse von mittelfristigen Rahmenbedingungen mit Einfluss auf das Berufsbildungssystem (z. B. demographische Entwicklung, Bildungsströme, konjunkturelle und strukturelle Einflussfaktoren auf das Berufsbildungssystem, internationale und europäische Berufsbildungsentwicklungen). Die zentralen Forschungsthemen des BMBF stimmen dabei auf der Meta-Ebene im Wesentlichen mit der von Walter Brosi vorgestellten mittelfristigen Forschungsplanung des BIBB überein, die naturgemäß auch mit dem BMBF abgestimmt wurde.

Neben der klassischen Ressortforschung, der Förderung von Forschungsvorhaben im Kontext des jährlichen Berufsbildungsberichts oder im Zusammenhang mit der Modernisierung von Ausbildungsberufen ist es unser Ziel, eine übergreifende und dauerhafte Kooperationsplattform mit den wesentlichen Berufsbildungsforschungs-Einrichtungen in Deutschland zu schaffen. Die laufende Förderung und aktive Begleitung der AG BFN (Arbeitsgemeinschaft Berufsbildungsforschungsnetz) durch das BMBF ist sichtbarer Ausdruck dieser Bemühungen, die wir fortsetzen wollen. Hier besteht noch weiteres Potenzial hinsichtlich der Breite und Sichtbarkeit der Beteiligung der Forschungseinrichtungen, der Fokussierung der Arbeitsfelder und der Operationalisierung von Forschungsthemen.

Schließlich möchte ich hier ein weiteres wichtiges Feld nennen, nämlich die *Verbreitung von Forschungsergebnissen* und die Förderung von Informationsaustausch und Kommunikation zu zentralen Berufsbildungsfragen in der Fachwelt. Das BMBF hat kürzlich mit erheblichem Finanzaufwand die mehrjährige Pilotphase für ein elektronisches Kommunikations- und Informationssystem zur beruflichen Bildung gefördert, das in Kooperation mit dem BIBB arbeitet und dort mit einer eigenen Arbeitsgruppe verankert wurde. Ziele des *Kommunikations- und Informationssystems Berufliche Bildung (KIBB)* sind die Sammlung, Analyse und Aufbereitung maßgeschneiderter Informationen zur Vorbereitung politischer Berufsbildungsvorhaben, die Verzahnung bestehender Berufsbildungs-Datenbanken, die Schaffung neuer Datenbanken, die umfassende Bereitstellung von nationalen und internationalen Berufsbildungsinformationen für die Fachwelt und die Schaffung von thematischen Kommunikationsplattformen – auch zur Berufsbildungsforschung.